

Antrag

der SPDFraktion

der Fraktion DIE LINKE

Nachhaltige Entwicklung in Brandenburg

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich in diesem Jahr unter Einbeziehung der Empfehlungen des Beirats für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz beim MLUV aus dem Jahr 2009 mit dem Thema "Nachhaltige Entwicklung" zu befassen. Der Landtag regt in diesem Zusammenhang an, dass zu diesem Thema erneut ein wissenschaftlicher Beirat als unabhängiges Beratungsgremium berufen wird.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, bis Oktober 2010 Eckpunkte für eine Nachhaltigkeitsstrategie zu formulieren, und dabei
 - eine ressortübergreifende und langfristige Ausrichtung zu berücksichtigen,
 - konkrete abrechenbare Ziele auch über die laufende Legislaturperiode hinausgehend zu benennen,
 - einen Vorschlag zur Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen aufzunehmen und
 - zu prüfen, ob im Bund verwandte Instrumente (wie z. B. ein Nachhaltigkeitscheck für gesetzliche Regelungen, regelmäßige Fortschrittsberichte oder ein „Green-Kabinett“) auf Landesebene eingeführt werden sollten.
3. Der Landtag prüft im 1. Halbjahr 2010, ob und welche im Bund oder in anderen Bundesländern erprobten Instrumente zur parlamentarischen Begleitung eines Beirates zur nachhaltigen Entwicklung eingeführt werden können.

Begründung:

Das Ziel einer Nachhaltigkeitsstrategie ist es, Ziele und verbindliche Schritte für die Landespolitik zu erarbeiten und den Nachhaltigkeitsgedanken in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft fest zu verankern. Dazu gehört, dass Nachhaltigkeit im Verwaltungshandeln auf Landes- und kommunaler Ebene als zentrales Kriterium berück-

Datum des Eingangs: 12.01.2010 / Ausgegeben: 12.01.2010

sichtigt wird. Nachhaltigkeitsfolgen des Regierungs- und Verwaltungshandelns müssen sich beschreiben und messen lassen.

Der Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz beim MLUV wurde im März 2007 vom Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz berufen und seine Arbeit bis zum Ablauf der 4. Legislaturperiode (Oktober 2009) begrenzt.

Wegen der Breite und Komplexität des Themas befürwortet der Landtag die erneute Bestellung eines Beratungsgremiums. Um dem Kerngedanken der Nachhaltigkeit Rechnung zu tragen, empfiehlt sich eine langfristige Ausrichtung der Arbeit eines entsprechenden Beirates.

Die nachhaltige Entwicklung in allen Politikbereichen benötigt auch eine angemessene parlamentarische Begleitung. Die Aufgabe eines parlamentarischen Gremiums zur Nachhaltigkeit besteht darin, über Grenzen der Fachausschüsse hinweg zu tätige langfristige politische Entscheidungen und ihre Auswirkungen auf zukünftige Generationen zu begleiten.

Dr. Dietmar Woidke
für die Fraktion der SPD

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE